

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

liebe Heidelbergerinnen und Heidelberger,

wir stehen heute vor der Verabschiedung eines Haushalts, der in einer Phase zunehmender Unsicherheit und knapper Spielräume aufgestellt wurde. Und wir sagen klar: Diese Lage verlangt nach politischer Klarheit, nach Verantwortung – und nach langfristiger Perspektive.

Wir alle sollten uns bewusst sein: Dieser Haushalt muss Antworten geben auf die große Herausforderung, den Weg in die Konsolidierung so einzuschlagen, dass das Regierungspräsidium erkennt – wir gehen verantwortungsvoll mit dieser Aufgabe um.

Hinter uns liegen intensive Haushaltsverhandlungen. Wochen voller Gespräche, Abwägungen, Textentwürfe, Kompromissversuche. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken – bei der Verwaltung, bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und bei den vielen Akteurinnen und Akteuren aus Stadtgesellschaft und Trägerschaft, die uns Hinweise und Rückmeldungen gegeben haben.

Ein solcher Prozess ist wichtig. Ein Haushalt ist keine rein technische Vorlage – er ist Ausdruck politischer Prioritäten. Er zwingt uns, Haltung zu zeigen. Und das ist gut so.

Die SPD-Fraktion hat sich in diesen Prozess mit Nachdruck eingebracht – mit zahlreichen Änderungsanträgen, den meisten davon zur Verbesserung der finanziellen Lage, mit einem eigenen Konsolidierungsleit Antrag und mit einem umfassenden Vorschlag zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Wir haben Verantwortung übernommen.

Doch am Ende müssen wir feststellen:

Was heute von den meisten Fraktionen als Haushaltskompromiss zur Abstimmung gestellt wird, wird aus unserer Sicht den Anforderungen an einen zukunftsfähigen, tragfähigen und sozial gerechten Haushalt nicht gerecht.

Es waren nicht mangelnde Gespräche oder fehlender Austausch, die zum Scheitern geführt haben. Es war die Richtung, in die sich dieser Kompromiss entwickelt hat – und was dafür geopfert wurde: Verbindlichkeit. Strukturelle Klarheit. Und soziale Prioritätensetzung.

Deshalb können und wollen wir diesen Weg nicht mitgehen – nicht aus Prinzip, sondern aus Überzeugung.

Ich möchte an drei konkreten Punkten deutlich machen, warum wir dem vorgelegten Kompromiss nicht zustimmen können:

Erstens: Eine massive Schieflage in der Prioritätensetzung.

Die geplante Senkung der Gewerbesteuer um 5 Prozentpunkte kostet die Stadt knapp 2 Millionen Euro jährlich. Ein Unternehmen mit einer Million Euro Gewinn spart dadurch etwa 100 Euro im Monat. Gleichzeitig werden Familien belastet: durch 60 Euro mehr für die Busfahrkarten, durch bis zu 50 Euro mehr Betreuungskosten pro Kind und Monat ab dem nächsten Jahr – während gleichzeitig Betreuungsangebote eingeschränkt werden sollen.

Diese Schieflage ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir waren zu vielen Kompromissen bereit – aber nicht, um symbolische Maßnahmen zu setzen, die faktisch kaum Wirkung zeigen. Kein Unternehmen wird Heidelberg verlassen oder nicht ansiedeln, weil es hier keinen Mini-Rabatt bei der Gewerbesteuer gibt. Und: Im Vergleich aller deutschen Großstädte steht Heidelberg beim Gewerbesteuerhebesatz nach Leverkusen ohnehin an zweitniedrigster Stelle. Wir müssen uns nicht mit ländlichen Kommunen vergleichen – sondern mit unserer hohen Lebensqualität werben.

Zweitens: Große Unsicherheit bei den sozialen Trägern.

Ja, wir sind mit ambitionierten Forderungen in die Verhandlungen gegangen, was die vollständige Übernahme der Tarifsteigerungen für soziale Träger betrifft. Aber das war kein Selbstzweck – es war Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber denen, die für die Stadt zentrale Pflichtaufgaben übernehmen.

Ich will das am Beispiel der Schulsozialarbeit verdeutlichen:

Aktuell zahlt die Stadt rund 82.000 Euro pro Stelle. Die tatsächlichen Personalkosten liegen – je nach Alter – bereits jetzt bei etwa 86.000 Euro, und mit der nächsten Tarifsteigerung steigen sie auf über 90.000 Euro. Diese Rechnung geht schlicht nicht mehr auf.

Und es war nicht nur die SPD, die einen vollständigen Ausgleich gefordert hat – auch die Träger haben deutlich gemacht: Sie sind bereits jetzt unterfinanziert.

Was nun vorgelegt wird, ist eine Zumutung für die Beschäftigten: Ein Topf, über dessen Verteilung eine Arbeitsgruppe erst in Monaten entscheidet. Und bis dahin? Bleibt nur die Hoffnung, dass die Träger nicht die Reißleine ziehen. Verübeln könnte man es ihnen nicht.

Drittens: Bewusstes Handeln gegen bessere Einsicht.

Das vielleicht absurdeste Ergebnis dieser Verhandlungen: Teile der Fraktionen, die dieses Paket gemeinsam vorgelegt haben, gehen selbst davon aus, dass er nicht genehmigt wird. Das wurde offen gesagt – und dennoch wird abgestimmt.

Ich frage Sie: Was ist das für eine Haltung zur Verantwortung als Gemeinderat?

Unser Ziel muss es doch sein, dass Heidelberg die Kontrolle über die eigenen Finanzen behält – und nicht dem Regierungspräsidium das Ruder überlässt.

Wie passt es zusammen, dass im Leitantrag ab 2027 Einsparungen von 35 Millionen Euro jährlich vorgesehen sind – aber heute gerade einmal ein Zehntel davon erreicht wird? Und gleichzeitig kann man sich nicht durchringen, unserem Vorschlag zuzustimmen, der bereits das Zwei- bis Dreifache dieser Summe erzielt hätte.

Glaubwürdiger kann man eine Konsolidierungsstrategie nicht konterkarieren.

Wir als SPD-Fraktion haben den Mut gehabt, echte Veränderungen vorzuschlagen. Wir setzen den Fokus auf Pflichtaufgaben, ohne dabei die Kultur im Regen stehen zu lassen.

Aber eines muss klar sein:

Die soziale Infrastruktur darf nicht zur Verfügungsmasse gemacht werden.

Gerade jetzt braucht es Verlässlichkeit für die freien Träger, die unsere Stadtgesellschaft Tag für Tag mit Leben füllen – in der Kinderbetreuung, in der Jugendhilfe, in der Wohnungslosenhilfe. Wer hier kürzt oder Tarifsteigerungen ignoriert, gefährdet nicht nur Angebote – er gefährdet die Grundlage unseres Zusammenlebens.

In unserem Paket sichern wir die soziale Teilhabe. Das ist keine Kür – das ist Pflicht. Denn nur, wenn Teilhabe möglich bleibt, bleibt auch der soziale Frieden erhalten.

Konsolidierung ist wichtig – aber sie darf nicht auf dem Rücken derer stattfinden, die am meisten tragen. Heidelberg braucht beides: solide Finanzen und eine starke soziale Infrastruktur. Und beides ist möglich – mit klaren politischen Entscheidungen, die Pflicht vor Kür stellen.

Anders als andere Fraktionen ging es uns nie um unsere Sichtbarkeit, sondern um die Menschen in unserer Stadt. Nicht wir müssen gut dastehen – sondern die, die auf uns angewiesen sind.

Wir nehmen den Leitantrag ernst – und wir setzen ihn um.

Dazu gehört auch, freiwillige Ausgaben konsequent zu überprüfen.

Beispiel: Das städtische Sanierungsprogramm. Der Bund bietet umfassende Förderungen an – das städtische Programm erzeugt kaum zusätzlichen Effekt. Hier sparen wir im kommenden Jahr rund 500.000 Euro, ab 2027 jährlich eine Million.

Und wir investieren zielgerichtet:

- 2 Millionen Euro in die Schulsanierung,
- 1 Million Euro in die Straßenerneuerung,
- 20 zusätzliche Plätze für gewaltbetroffene Frauen, um die Istanbul-Konvention zu erfüllen.

Was wir nicht machen: Wir verkaufen unser städtisches Vermögen, um dieses Geld anschließend in Steuersenkungen oder symbolische Kulturmillionen zu stecken. Das ist nicht nachhaltig – und das wird uns auf die Füße fallen.

Wirtschaft braucht Struktur und Strategie.

Deshalb schlagen wir mit unserem Paket ein „Sofortprogramm Wirtschaft“ vor – als ersten Baustein einer „Wirtschaftsstrategie 2030“. Ziel ist es, Investitionen zu ermöglichen, Unternehmen zu unterstützen und Beschäftigung zu sichern. Das tun wir durch:

- eine Verwaltungsreform und Entbürokratisierung durch eine Task-Force,
- die Aktivierung von Gewerbeflächen,
- einen lokalen Transformations- und Innovationsfördertopf mit 500.000 Euro.

Und wir wollen endlich Strukturen ordnen. Das „Heidelberg Business House“ soll als zentrale Serviceeinheit für Unternehmen, Gründungen und Investitionen dienen. Die Geschäftsführung der FWTM Freiburg wird eingeladen um zu lernen.

Langfristig wollen wir Aufgaben bündeln, Synergien schaffen – und dabei Mittel einsparen.

Unser Paket verbessert den Haushalt bereits um über 8 Millionen Euro. Mit ergänzenden Optionen können es schnell 11 Millionen werden. Doch heute geht es nicht um maximale Erträge – es geht um Verlässlichkeit für die Stadtgesellschaft und einen Konsens der demokratischen Fraktionen.

Viele Punkte sind übrigens identisch mit dem anderen Paket:

- Keine Erhöhung der Kita-Beiträge,
- Erhalt der Geschwisterermäßigung,
- Planungsmittel für das Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Altstadt.

Der Unterschied liegt im Anspruch: Wir glauben, dass unser Paket genehmigungsfähig ist. Und in der jetzigen Situation muss das das oberste Ziel sein.

Meine Damen und Herren,

wir wissen, wie schwer eine Entscheidung in dieser Lage fällt. Aber wir sagen heute nicht Nein, weil es bequem ist.

Wir sagen Nein, weil wir es ernst meinen mit der Verantwortung.

Ein Haushalt, von dem die Verfasser selbst nicht überzeugt sind, kann kein Fundament für zwei Jahre sein. Wenn wir ihn trotzdem verabschieden, verschieben wir die Verantwortung – auf das Regierungspräsidium, auf andere. Wir wollen das nicht.

Wir wollen die Konsolidierung nicht vertagen – wir wollen sie gestalten.

Mit Haltung. Mit Konzept. Mit Verantwortung. Für Heidelberg.

Ja – das bedeutet, in dieser Situation auch einmal allein zu stehen. Aber wir stehen dafür mit Überzeugung – und mit dem Vertrauen darauf, dass man Glaubwürdigkeit nicht durch Gefälligkeit gewinnt.

Wir sagen Ja zur Verantwortung – aber Nein zu einem Haushaltspaket, das Probleme vertagt, statt sie zu lösen.

Vielen Dank